

## Schneck fordert neues VW-Gesetz im Landtag

**In einer von der LINKEN beantragten Aktuellen Stunde des Niedersächsischen Landtags zum Thema „Feindliche Übernahme bei VW durch die Porsche Holding“ erklärte heute der SPD Abgeordnete Klaus Schneck**

Sehr geehrter Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren.

Die SPD Fraktion im Niedersächsischen Landtag steht zum VW-Gesetz und steht zur besonderen Verantwortung des Landes Niedersachsen für das Unternehmen Volkswagen und deren Beschäftigten.

Die historischen Wurzeln und die Unternehmensgeschichte von VW rechtfertigen das VW-Gesetz mit seiner erweiterten Mitbestimmung und die Beteiligung des Landes Niedersachsens.

Auch Porsche hat diese besonderen Bedingungen beim Aktienerwerb gekannt und gleichzeitig hohe Aktiengewinne erzielt. Einzelne „Marktradikale“ sollten jetzt aufhören die Rechte des Landes Niedersachsens und der VW-Mitarbeiter mit Füßen treten zu wollen.

Stattdessen sollte Porsche auf der VW-Hauptversammlung die Vertreter des Landes Niedersachsen mit in den Aufsichtsrat wählen. Ein anderes Abstimmungsverhalten wäre ein großer Eklat für die zukünftige Arbeit des Aufsichtsrates.

Der Vorschlag zu einem neuen VW-Gesetz von der SPD-Bundesjustizministerin Brigitte Zypries setzt das EUGH-Urteil eins zu eins um. Es entfallen zwar das Entsenderecht des Landes in den Aufsichtsrat und das bisherige Höchststimmrecht von 20% für einen einzelnen Aktionär. Aber durch das 80% Quorum im neuen VW-Gesetz und die Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat bei Verlegung von Produktionsstätten bleibt aus heutiger Sicht der starke Einfluss von Landesinteressen gewahrt.

In einer solchen, industriepolitisch überlebenswichtigen Frage in Deutschland, wie beim VW-Gesetz sollte Einigkeit über die Parteigrenzen hinweg bestehen. Die Landesregierung ist in ihrem bisherigen Verhalten hierzu nicht zu kritisieren.

Die SPD und ihre Funktionsträger in Bund und Land setzen sich für ein EU-Rechtskonformes VW-Gesetz ohne wenn und aber ein.

Herr Wulff, sorgen Sie als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender dafür, dass auch auf Bundesebene die CDU Regierungsmitglieder und die CDU Bundestagsfraktion den Gesetzesvorschlag tragen. Daran werden sie die Niedersachsen und die VW-Arbeitnehmer messen.

Auf das Verhalten der FDP, die regional für ein VW-Gesetz ist, auf Landesebene stillhält und auf Bundesebene rumstänkert, erspare ich mir hier lieber weitere Kommentare.

Frau Zimmermann, zu den Linken möchte ich hier eins bemerken. Wer zurzeit öffentlich die Aufstockung des niedersächsischen Aktienpaketes auf 25% fordert, hat scheinbar das VW-Gesetz schon verlorengegeben. Sie treiben damit eventuell den Aktienkurs in die Höhe, oder hoffen sie auf politische „Insidergeschäfte“ und setzen auf „Wählergewinnmitnahmen“?

Unser SPD Appell an alle hier in diesem Hause:

Lassen sie uns gemeinsam für ein neues VW-Gesetz eintreten. Dann wird die Porschebeteiligung keine feindliche Übernahme bei VW, sondern der Beginn weiterer Erfolge der Automobilindustrie am Standort Deutschland und Niedersachsen.

Denn, Arbeitnehmermitbestimmung und nachhaltige Beschäftigung, verbunden mit einer guten Rendite sind die zwei Seiten der selben Medaille.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“